



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 11/12 2014

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

www.BIZeulenroda.de

„Mit den Bürgern – für die Bürger“

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- 🕒 Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- 🕒 Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Zur Regierungsbildung in Thüringen

Mit dem Wahlergebnis zu den Landtagswahlen 2014 hat der Wähler der Politik eine komplizierte Aufgabe zur Findung entsprechender Koalitionsmodalitäten aufgegeben. Nun scheint, nach umfangreichen und langwierigen Sondierungsrunden festzustehen, dass es zu einer „Rot-Rot-Grünen Koalition“ kommen könnte. Man darf gespannt sein, ob und mit welchem Ergebnis am 05.12.2014 die Wahl des Ministerpräsidenten/in ohne Tricks und Hinterhältigkeiten ausgehen wird. An die neue Regierung hat natürlich die Thüringer Bürgerallianz einige, in ihrem nachfolgenden „Offenen Brief“, seit Jahren nicht geschlossenen offenen Wunden bei der Nachbesserung von gesetzlichen Regelungen im Bereich der Kommunalabgaben anzumahnen.

D.Hoffmann

Offener Brief der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben an die neuen Regierungsfractionen des Thüringer Landtages: „Die Linke“, SPD und Bündnis-90/Die Grünen

Straßenbau und Abwasserentsorgung gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sind damit gesamtgesellschaftliche, aus Steuermitteln zu finanzierende Aufgaben.

Für die Umsetzung ist eine Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und der Thüringer Kommunalordnung erforderlich. Eine Mindestforderung wäre die Änderung des § 54 Abs. 2 ThürKO (Einnahmebeschaffungsgrundsatz) nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen von einer Soll- in eine Kannbestimmung, wonach die Kommunen über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden können. Die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, setzt sich seit 1995 für die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasserentsorgung und Straßenausbau ein. Mit der Bildung einer neuen Landesregierung aus „Die Linke“, SPD und B90/Die Grünen hoffen zigtausende betroffene Bürgerinnen und Bürger, dass diese Zwangsbeiträge mittels Gesetzesänderung abgeschafft werden.

Im Vorfeld der Landtagswahlen hatten wir bereits entsprechende „Wahlprüfsteine“ verschickt und danach eine Wahlempfehlung ausgesprochen, welche aus unserer Sicht das Wahlergebnis der Landtagswahlen mit beeinflusst hatte. „Die Linke“ und B90/die Grünen haben sich dabei für die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasserentsorgung und Straßenausbau im Thüringer Landtag ausgesprochen.

Die Bürgerallianz Thüringen fordert „Die Linke“, SPD und B90/Die Grünen auf, in den Koalitionsverhandlungen die Forderung zur Abschaffung der Zwangsbeiträge zu beraten und im Koalitionsvertrag mit aufzunehmen. Oberste Priorität hat dabei die komplette Abschaffung der Herstellungsbeiträge (Zwangsbeiträge) für Straßenausbau und Entwässerungseinrichtungen und die Änderung der Thüringer Verfassung, um zukünftig Volksbegehren und Volksentscheide über Abgaben und Gebühren zu ermöglichen.

Als Übergangslösung wäre für uns, nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen, eine Änderung der entsprechenden Gesetze denkbar, wonach die Kommunen über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden können, indem die Satzungen nicht erlassen werden.

Mit der Aufnahme unserer Forderungen in den Koalitionsvertrag besteht die historische Chance, in Thüringen eine ungerechte und unsoziale Abgabenpolitik zu beenden und das Vertrauen in die Politik zu stärken. Die Abschaffung der Zwangsbeiträge bedeutet nicht nur eine Stärkung der Kaufkraft, sie ist auch eine Entlastung der Industrie- und Gewerbebetriebe und somit eine Stabilisierung der Wirtschaft, was wiederum Auswirkungen auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat. Weiterhin bedeutet sie auch eine dringend notwendige Entlastung des Verwaltungsaufwandes für Kommunen und Gerichte.

i.A. der Bürgerallianz Thüringen, Wolfgang Kleindienst; Stellvertretender Landesvorsitzender

Erreichbar unter: <http://www.buergerallianz.de>

Persönliche Gedanken zur Aufnahme von Asylbewerbern in Zeulenroda-Triebes

abgeleitet aus den Diskussionen zur Einwohnerversammlung am 13.11.14. Deutlich wurde aus den Ausführungen der Landrätin, dass in unserer Doppelstadt in naher Zukunft aus der zentralen Verteilung Asylbewerber aufgenommen werden müssen. Ich betrachte dies als eine zutiefst humanitäre Aufgabe, die aus der politisch komplizierten Lage im nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent entstanden ist. Da flüchten Menschen, weil sie von einem „Islamischen Staat“ angegriffen, ermordet, ausgebombt, vergast oder vertrieben werden, weil sie in Afrika von Islamisten bis zur Verzweiflung um ihr Leben ringend, gejagt und verfolgt werden. Das sind Menschen wie Sie und ich, die einfach nur um ihr Leben und das ihrer Familien mit ihrer Flucht gekämpft haben. Die Länder in ihrer näheren Umgebung sind mit der millionenfachen Aufnahme von Asylbewerbern bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Auch unsere Thüringer Städte z. Bsp. Suhl und unsere Nachbarstadt Greiz haben auch Lösungen finden müssen. Sehr nachdenklich habe ich an diesem Abend nach den umfangreichen Diskussionen die Veranstaltung verlassen. **Zum einen** hat es mir zu denken gegeben, dass es vor allem von den Haus- und Grundstückseigentümern in der Heinrich-Heine-Str. etc. massive Vorbehalte gibt, die vielfach bekannte Klischees bedienen obwohl noch nicht einmal bekannt ist, welche Asylbewerber kommen und wie lange sie Asylsuchend sind und Bleiberecht haben werden. Denn klar ist auch, dass nach der Normalisierung der Lage vor Ort der Großteil der Bewerber in ihre Heimat zurückkehren will. Das würde uns sicher genauso gehen.

Nun habe ich 40 Jahre in Leipzig gelebt und habe während dieser Zeit die Integration von Vietnamesen, Mocambikanern und einer Vielzahl von ausländischen Studenten miterlebt. Auch in Zeulenroda wurden Vietnamesen bis heute integriert. Das stört bei einer gewissen Weltoffenheit und Toleranz heute schon lange niemand mehr. **Zum anderen** habe ich zur Kenntnis genommen, dass es aber vor allem von jüngeren Bürgern Vorschläge zur zielgerichteten Integration gibt.

Zwischen beiden Ansichten muss es Kompromisse bei der Annäherung der Positionen in dieser Frage auf der Grundlage der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch unter gewahrter Transparenz und Einbeziehung der Zeulenrodaer Bürger geben und das bei strikter Einhaltung unserer Gesetzlichkeiten durch die Asylbewerber.

D.Hoffmann

Michael Gorbatschow und H.D.Genscher zum 25 Jahrestag des Mauerfalles:

Bei den Feiern zum 25. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin hat der frühere sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow schwere Vorwürfe gegen den Westen erhoben. Im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt sagte er: "Die Welt ist an der Schwelle zu einem neuen Kalten Krieg. Manche sagen, er hat schon begonnen. In den letzten Monaten habe sich ein "Zusammenbruch des Vertrauens" vollzogen“.

Der **Friedensnobelpreisträger**, der als einer der Väter der deutschen Einheit gilt, warf dem Westen und insbesondere den USA vor, ihre Versprechen nach der Wende 1989 nicht gehalten zu haben. Stattdessen habe man sich zum Sieger im Kalten Krieg erklärt und Vorteile aus Russlands Schwäche gezogen.

"Die Ereignisse der vergangenen Monate sind die Konsequenzen aus einer kurzsichtigen Politik, aus dem Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen und die Interessen des Partners zu ignorieren." Bereits in den 1990er Jahren habe der Westen begonnen, im Verhältnis zu Russland das Vertrauen zu untergraben, das die friedliche Revolution in Deutschland und in Mittel-Osteuropa möglich gemacht habe. "Die Nato-Erweiterung, Jugoslawien und vor allem das Kosovo, Raketenabwehrpläne, Irak, Libyen, Syrien", nannte Gorbatschow als Beispiele." Und wer leidet am meisten unter der Entwicklung? **Es ist Europa, unser gemeinsames Haus."**

Unterdessen fordert auch der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher angesichts der aktuellen Ost-West-Spannungen um die Ukraine einen "Neuanfang" für Europa. "Es besteht eine große Sorge, weil ich nicht glaube, dass aus den Chancen, die das Jahr 1989 geboten hat, das gemacht wurde, was gemacht werden konnte", sagte der FDP-Politiker. In einem Interview der Deutschen Welle sagte er, das Bemühen um das "gemeinsame europäische Haus", wie es Gorbatschow gefordert habe, brauche neue Energie. Der NATO-Rußlandrat, so seine Forderung müsse unbedingt wiederbelebt werden.

D.H. nach Überarbeitung

Fortsetzung zu den gewählten BIZ-Kandidaten zum Ortsteilrat Triebes:

Als sehr positiv ist das erzielte **Ergebnis der BIZ im zweiten Teil der Doppelstadt Triebes**



zu werten. **Unser Mitglied Andreas Senkowski wurde zum Ortsteilbürgermeister** gewählt, und eine starke BIZ- Fraktion mit 6 Mitgliedern im Ortsteilrat stärkt ihm dazu gleichzeitig den Rücken. Nachfolgend sind diese gewählten Mitglieder und Sympathisanten aus unserer offenen Liste nochmals genannt und namentlich bekannt gegeben: **Roland Oertel, René Hupfer, Sylvia Fischer, Elke Wagner, Sören Liebold, Ronny Gürth.**

Letztmalige Erinnerung!!

Die BIZ veranstaltet traditionell einmal jährlich, so auch 2014, ihr „Karpfen-Brauchtumsessen“ am Freitag, dem 05. Dezember 2014, ab 18.30 Uhr in der Gaststätte „Grüner Baum“ in Zeulenroda-Triebes, Märien Nr. 5!



Dazu lädt der Vorstand der BIZ e.V. und dessen Fraktion im Stadtrat Zeulenroda- Triebes, Sie als Mitglied oder Sympathisant mit Ihren Ehepartnern recht herzlich ein. Über Ihre zugesagte Teilnahme würden wir uns sehr freuen! **Um Ihre persönliche telefonische Voranmeldung mit Essenswunsch (Karpfen, Entenkeule oder Roulade) im „GrünenBaum“: Telefon: 036628 83257** wird bis spätestens

28.11.2014 gebeten!

Der BIZ - Vorstand Zeulenroda,
Siegmund Borek, Vorsitzender und Fraktionschef der BIZ im Stadtrat Zeulenroda-Triebes



Keine Straßenausbaubeiträge – dafür Sanierungsbeiträge ?

Die Aumaische Straße in Zeulenroda ist grundhaft erneuert worden. Schwerpunkt: 100 Jahre alte Abwasserableitung nunmehr keine Durchflussenge mehr mit üblen Nebenwirkungen auf die Keller mancher Anwohner. **Das ist erfreulich.**

Auf Nachfrage wurde 2014 im Stadtrat von der Stadtverwaltung mitgeteilt: keine Straßenausbaubeiträge statthaft, da Sanierungsgebiet und gesonderte Finanzierung. **Auch das ist (oder war?) erfreulich.**

Eine erneute und gezieltere Nachfrage zum neuen Zeitraum ab 2015 für Sanierungsgebiete in Zeulenroda-Triebes in der Stadtratssitzung am 19. November ergab: Es können nunmehr auf die Anwohner **Sanierungsbeiträge** zukommen, allerdings erst nach Vorliegen einer entsprechenden Sanierungsbeitragssatzung. **Eine solche liegt noch nicht vor.**

Aber auch Rückwirkung ca. 20 Jahre in Thüringen kann sein; Bayern hat da neuerdings kürzere Maßstäbe. Der BIZ-Vorstand wird aktuelle Neuerungen zu Beiträgen und Gebühren – wer denkt da nicht an die Regenwassergebühr - in seinen BIZ-Infos auch 2015 im Auge behalten.

Siegmund Borek (BIZ-Fraktion im Stadtrat Zeulenroda-Triebes)

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:**
Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937
Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat
V. i. d. S. u. P. : Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes